



## **VA Brinek fordert Lösungen für das Problemfeld Sachwalterschaft**

### **Im Rahmen der Sachwalterschafts-Enquete diskutierten am Montag den 8. Juni 2015 hochrangige Expertinnen und Experten über Besachwalterung, Alterswohlfahrt und Erwachsenenhilfe**

Wien (OTS) - Volksanwältin Dr. Gertrude Brinek zeigte sich erfreut über das große Interesse an der Veranstaltung. Sie wies auf die dramatisch ansteigenden Zahlen von Besachwalterungen in Österreich hin und zeigte diverse Probleme im Bereich der Bestellung von Sachwaltern auf. "60.000 Menschen in Österreich sind ihrer freien Entscheidungsmöglichkeit beraubt", so Brinek. Für die Volksanwältin ist Sachwalterschaft lediglich die ultima ratio - künftig soll daher von einer "Alterswohlfahrt" gesprochen und auf die Betroffenen und ihre mehr Angehörigen Rücksicht genommen werden.

Allesamt Punkte denen Bundesminister für Justiz, Dr. Wolfgang Brandstetter, nur beipflichten konnte. Er präsentierte im Rahmen der Enquete erste Ergebnisse der vom BMJ eingesetzten Arbeitsgruppe zum Thema Sachwalterschaft. Der Justizminister unterstrich, dass ein Sachwalter nur in jenen Bereichen Hilfe anbieten sollte, in welchen die Betroffenen diese auch brauchen würden. "Individuelle Betreuung und Rücksichtnahme auf die Wünsche der Betroffenen sind oberstes Ziel", so der Minister.

Univ. Prof. Dr. Franz Kolland pochte auf die Vorzüge und positiven Seiten des Älterwerdens und wies darauf hin, dass das Alter vielfältig sei. Kolland forderte die Anwesenden auf, das Alter "anders zu denken und einen grundlegenden Wandel in der Gesellschaft zu bewirken". Er warnte vor Stereotypisierung von älteren Menschen und forderte: "Alte Menschen müssen aufgehoben und nicht ausgegliedert werden!".

Der zweite Teil der Veranstaltung widmete sich den Beiträgen von Expertinnen und Experten rund um das Thema Erwachsenenhilfe und alternative Lösungsmöglichkeiten.

Mag. Dorothea Gschöpf vom Vertretungsnetz zeigte Möglichkeiten des "Clearings" auf und forderte mehr Barrierefreiheit in der Verwaltung. Dr. Walter Hammerschick und Dr. Hemma Mayrhofer vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS) erläuterten eindringlich Statistiken zur Bestellung von Sachwaltern und forderten Maßnahmen zur Umsetzung von unterstützender Entscheidungsfindung. Zahlreiche Kritikpunkte wurden auch von den über 100 Teilnehmern genannt und verdeutlichten die Vielschichtigkeit dieses Themas.

Es bleibt zusammenfassend festzuhalten, dass die Betroffenen besser eingebunden und gehört und auch über Alternativen zu Sachwalterschaft aufgeklärt werden sollten. Problemfelder, die nur im Zusammenspiel aller involvierten Institutionen und Entscheidungsträger zu einer raschen Verbesserung führen können.

**Rückfragen & Kontakt:**

Mag.<sup>a</sup> Stephanie Schlager M.A.

Volksanwaltschaft, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Tel: +43 (0) 1 515 05 – 204

Mobil: +43 (0) 664 844 09 18

Email: [stephanie.schlager@volksanwaltschaft.gv.at](mailto:stephanie.schlager@volksanwaltschaft.gv.at)

[presse@volksanwaltschaft.gv.at](mailto:presse@volksanwaltschaft.gv.at)